

Luncheon Speech  
bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag  
am 2. Juni 2004



**"Sozial ist, was Arbeit schafft.  
Wachstum in der Mitte Europas"**

**Prof. Dr. Georg Milbradt  
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrter Herr Dr. Gehrold,

verehrte Gäste,

ich freue mich, heute hier in Prag Ihr Gast zu sein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung bietet immer wieder eine gute Gelegenheit - ganz im Sinne ihres Namensgebers - über Europa zu sprechen.

Über das Erreichte und die großen Erfolge für die Menschen in Europa. Aber natürlich auch über die Zukunft von Europa, über die Erwartungen und Hoffnungen. Nicht zuletzt auch über die Sorgen der Menschen.

Deshalb allem voran zunächst mein Dank an die Organisatoren dieses Treffens in so herrlicher Atmosphäre.

Seit einem Monat leben wir Deutschen und Tschechien nicht nur mehr Seite an Seite. Seit dem 1. Mai gehen unsere Länder und Völker einen gemeinsamen und partnerschaftlichen Weg im vereinten Europa.

Nach den Katastrophen des letzten Jahrhunderts, die mit der politischen Spaltung unseres Kontinents endeten, ist die europäische Wiedervereinigung ein großer und historisch bedeutender Schritt.

Die Menschen in unseren beiden Ländern, die unter der Teilung in besonderem Maße gelitten haben, verbinden damit viele Hoffnungen.

Sichtbare Veränderungen hat es aber in den letzten vier Wochen nur wenige gegeben.

Von einer konnte ich mich auf der Fahrt hierher selbst überzeugen: Die langen Lkw-Staus an den Grenzübergängen sind wie ein Spuk verschwunden. Denn ohne Zollkontrollen sind die Grenzen für den Handel keine Barrieren mehr.

Das ist eine wichtige Erleichterung und notwendige Voraussetzung für das wirtschaftliche Zusammenwachsen. Aber obwohl der 1. Mai 2004 als Tag der europäischen Wiedervereinigung in die Geschichtsbücher eingehen wird, hat er Europa nicht mit einem Schlag verändert.

Die europäische Vereinigung ist ein langer Prozess, dessen Anfänge weit zurück liegen und der noch lange nicht abgeschlossen sein wird.

Für die Anfänge nenne ich gerade hier in Prag die Charta 77 in Reaktion auf die Verträge von Helsinki. Ich erinnere an die Solidarność Bewegung im Polen der 80er Jahre. Schließlich die Montagsdemonstrationen in Leipzig.

Sie alle werden auch Ihre eigenen Erinnerungen an die Besetzung der Deutschen Botschaft hier in Prag haben; Hans-Dietrich Genscher, der vom Balkon den Menschen die Abfahrt der Züge durch Dresden nach Frankfurt am Main versprach.

Die deutsche Einheit war ein bedeutende Etappe auf dem Weg zur europäischen Vereinigung. Die Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den neuen Mitgliedstaaten, die in den 90er Jahren folgten, haben den Weg zum vereinten Europa weiter geebnet und verfestigt.

Heute sind unsere beiden Länder bereits besser verzahnt und enger miteinander verwoben, als es vielen Menschen bewusst ist. Tschechien ist wichtiger Außenhandelspartner für Sachsen. Viele Firmen kooperieren schon längst erfolgreich mit Partnern auf der jeweils anderen Seite der Grenze.

Trotzdem verbinden viele Menschen mit den weiteren Entwicklungen in Europa auch Sorgen. Gerade in den Grenzregionen mischt sich in die Freude über die Öffnung auch Verunsicherung.

Denn in den Grenzbereichen treffen große Unterschiede direkt aufeinander. In Sachsen fürchten viele starke Konkurrenz aufgrund des steilen Lohngefälles. In Tschechien befürchten viele Nachteile aufgrund der geringeren Produktivität und der geringeren technischen Standards.

Viele haben geglaubt, es käme deswegen zu einer Wanderung von Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedstaaten in die alten. Übergangsvorschriften sollen dies verhindern. Ich glaube aber, daß es zu keinen größeren Wanderungen kommen wird. Denn die Mobilität der Menschen hat engere Grenzen als die Mobilität des Kapitals.

Es bedeutet heutzutage vergleichsweise geringen Aufwand, eine Fabrik 300 Kilometer weiter nach Osten zu verlagern. Demgegenüber bereiten die Sprachbarrieren nach wie vor wesentlich größere Schwierigkeiten.

Und ich füge an: Vor allem wir Deutschen zeigen zu wenig Anstrengungen, die Sprachen unserer direkten Nachbarn zu erlernen.

Hier in der geographischen und jetzt auch wieder wirtschaftlichen Mitte Europas ist der gegenseitige Anpassungsdruck enorm. Und natürlich wird dieser Druck vieles verändern. Die Menschen hier, an der Nahtstelle, an der Europa zusammenwächst, haben das in den letzten Jahren erfahren.

Im Zuge der politischen Umwälzungen musste nahezu Jeder sein berufliches und privates Leben neu ausrichten.

Bewundernswerte Anstrengungen haben die Menschen in Tschechien vollbracht. Gleiches gilt für die Menschen in Sachsen. Denn auch bei uns hat das Ende der sozialistischen Herrschaft alle Lebensbereiche umgestoßen.

Allerdings haben wir bei der deutschen Wiedervereinigung einen entscheidenden Fehler gemacht.

Wir haben geglaubt, die deutsche Einheit sei im Wesentlichen der Beitritt der Fünf Neuen Länder zur alten Bundesrepublik. Dem entsprechend haben wir in den zurückliegenden Jahren versucht, die Verhältnisse in Ostdeutschland denen in Westdeutschland anzugleichen.

Auf diesem Weg sind wir ins Stocken geraten. Die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland schließt sich nicht, sondern öffnet sich wieder leicht. Deutschland ist im europäischen Vergleich weit zurückgefallen.

Wir sind vom Musterknaben zum kranken Mann geworden.

Warum?

Weil wir nicht erkannt haben, daß die Einheit kein bloßer Beitritt war. Deutschland ist nicht einfach nur um fünf Länder größer geworden. Die deutsche Wiedervereinigung hat Deutschland insgesamt verändert. Deutschland nach 1990 ist ein völlig anderes Deutschland als vor 1990.

Es ist meine feste Überzeugung, daß wir diesem Umstand zu wenig Beachtung geschenkt haben. Ich glaube, daß die Schwierigkeiten, die Deutschland heute im europäischen Vergleich hat, aus dieser Fehleinschätzung resultieren.

Meine Damen und Herren,  
ich denke, es liegt in unser aller Interesse, daß wir einen solchen Fehler bei der europäischen Wiedervereinigung nicht wiederholen.

Die europäische Vereinigung wird scheitern, wenn wir sie einfach als Anpassung der neuen an die alten Mitgliedstaaten begreifen. Wir würden die Europäische Union überfordern, wenn wir alle bestehenden Unterschiede schnellstmöglich und im Wege der Umverteilung über Brüssel ausgleichen wollten.

Die neue Europäische Union kann nicht nach dem gleichem Muster weiter machen wie bisher. Wir müssen in Zukunft größere Unterschiede akzeptieren und die Differenzen als Chance und Motor für künftige Entwicklung begreifen.

Beispielsweise der Versuch, in allen Mitgliedstaaten einheitliche Sozialstandards einzuführen: Wir haben in Deutschland erlebt, was es bedeutet, wenn ein üppiges Sozialsystem über Nacht auf eine Gesellschaft übertragen wird, deren Wirtschaftskraft das Volumen der sozialen Ansprüche nicht auffüllen kann.

Wir haben riesige Transferzahlungen von West- nach Ostdeutschland geleistet und leisten sie noch heute. Gegenwärtig erleben wir eine lebhaftige Debatte darüber in Deutschland.

Was aber fast noch viel schlimmer ist: Wir haben nicht nur die Ansprüche des Einzelnen gegen den Staat sofort und 1:1 übertragen. Wir haben auch die sogenannten "sozialen Errungenschaften" im Arbeitsrecht sehr schnell und nahezu vollständig von West- auf Ostdeutschland übertragen. Beispielsweise Kündigungsschutz und Tarifautonomie gelten heute in gleichem Umfang in West wie in Ost.

Auf diese Weise haben wir Ostdeutschland Wettbewerbsvorteile gegenüber Westdeutschland genommen. Und noch mehr: Wir haben den ostdeutschen Unternehmen teilweise zusätzliche Wettbewerbsnachteile beschert.

Denn soziale Standards, die nicht in Relation zur Produktivität stehen, sind Wettbewerbsnachteile. Oft haben wir dort, wo wir gleiche Bedingungen zu Gunsten der Schwächeren schaffen wollten, tatsächlich die Schwächeren benachteiligt.

Getreu der Weisheit nach Wilhelm Busch: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.

Indem wir die Verhältnisse eingeebnet und nivelliert haben, haben wir auch Profilierungsmöglichkeiten genommen. Eine Region aber, die aufholen will, die anschließen will an den Wohlstand anderer Regionen, muss sich profilieren. Wer wachsen will braucht Wettbewerbsvorteile!

Inzwischen ist dieser Fehler erkannt. Und die Menschen in Ostdeutschland wissen, daß manche vermeintliche Nachteile in Wirklichkeit Vorteile sind. Der Streik um die 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie vor einem Jahr hat das deutlich gemacht.

Zum Glück sind die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland gescheitert. Sonst hätte BMW sein Engagement in Leipzig noch einmal überdacht. Stattdessen führt jetzt Westdeutschland eine vorsichtige aber immer wieder aufflackernde Debatte über die Erhöhung der Wochenarbeitszeit.

Die Absenkung der Arbeitszeit in Ostdeutschland auf Westdeutsches Niveau wäre allein im Interesse der Westdeutschen gewesen. Es ging allein darum, den Wettbewerbsvorteil der ostdeutschen Konkurrenz zunichte zu machen.

Und um nichts anderes geht es gegenwärtig in der Debatte über Mindeststeuern in der Europäischen Union. Die neuen Mitgliedstaaten haben nahezu alle attraktive und einfache Niedrigsteuern eingeführt.

Eine Methode übrigens, mit der sich Irland in den letzten zwanzig Jahren an die europäische Spitze gesetzt hat.

Eine Methode, die darauf setzt, die eigenen Vorteile bestmöglich auszuspielen.

Nichts anderes bedeutet Wettbewerb und nichts anderes hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt.

Wer den neuen Mitgliedstaaten unfaires Steuerdumping vorwirft, riskiert, daß die Europäische Union insgesamt scheitert. Denn Europa hat ein vitales Interesse daran, daß die neuen Mitglieder ihre Wettbewerbsvorteile ausspielen.

Denn die Europäische Union ist auf einen wirtschaftlichen Aufschwung in den mittel- und osteuropäischen Staaten angewiesen. Die Europäische Union fällt wirtschaftlich im weltweiten Vergleich zurück und braucht dringend neue Impulse für Wachstum.

Was es bedeutet, wenn der selbsttragende Aufschwung über Jahre auf sich warten läßt, erleben wir gegenwärtig in Deutschland.

Wenn wir verhindern wollen, daß die neuen Mitgliedstaaten auf Dauer am Tropf von Brüssel hängen, dann müssen wir Tschechien, Polen und den anderen acht Staaten deutliche Wettbewerbsvorteile auch zubilligen.

Es ist ja auch nicht so, daß die neuen Mitgliedstaaten nicht auch Wettbewerbsnachteile hinnehmen müssten. Denn natürlich ist hier die industrielle Infrastruktur längst nicht auf einem Niveau wie in den westeuropäischen Ländern. Natürlich muss die Verkehrsinfrastruktur noch deutlich verbessert werden.

Viele Investoren begegnen auch der Verwaltung in den neuen Mitgliedstaaten mit Skepsis und auch das kann zu einem Wettbewerbsnachteil werden.

Meine Damen und Herren,  
in Brüssel hat mir eine Vertreterin der Republik Slowenien vorgehalten, ich wollte mit derartigen Argumenten den Menschen in Mittel- und Osteuropa das soziale Niveau in Westeuropa vorenthalten.

Ich bin aber der festen Überzeugung, daß es höchst unsozial wäre, wenn wir eine vorschnelle Angleichung der sozialen Standards durchsetzten.

Es ist für mich gar keine Frage, daß im Falle der Bedürftigkeit staatlicher Ausgleich geleistet werden muss. Es ist für mich als Ökonom aber auch sonnenklar, daß wir jeden Euro verdienen müssen, bevor wir ihn ausgeben können.

Staatliche Leistungen dauerhaft auf Pump auszureichen ist keine soziale Errungenschaft, sondern Raubbau an den kommenden Generationen.

Und das umso mehr, wenn die Bevölkerungspyramide - wie in allen europäischen Ländern - auf dem Kopf steht.

Der Sozialstaat stünde auf tönernen Füßen, wenn die Ansprüche, die er gewährt, nicht auf der Wirtschaftskraft der Gesellschaft basierten.

Gerade mit Blick auf den europäischen Einigungsprozess müssen wir wieder zurückfinden zu einem Gleichschritt zwischen sozialem Fortschritt und der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein Recht auf staatliche Leistung, das die Leistungsfähigkeit des Staates nicht berücksichtigt, holt sich selbst aus.

Meine Damen und Herren,

Sachsen und Tschechien sind zwei benachbarte Länder, die gemeinsam ihren Weg im vereinten Europa gehen. Wir befinden uns in einer ähnlichen Ausgangslage. Durch die europäische Wiedervereinigung sind wir wieder in die wirtschaftliche Mitte Europas gerückt.

Heute ist die europäische Union mit 450 Millionen Menschen der größte Handelsraum in der westlichen Welt. Wir liegen mittendrin und daraus resultieren für uns die besten Chancen.

Wir brauchen einen selbsttragenden Aufschwung und nicht verordnete Standards. In dieser Situation ist die beste Sozialpolitik eine solide und vernünftige Wirtschaftspolitik. Denn sozial ist in erster Linie das, was Arbeit schafft.

Denn nur mit mehr Arbeit werden wir auch das wirtschaftliche Wachstum erreichen, das wir brauchen, um den Wohlstand in Europa auf Dauer zu sichern.

Vielen Dank.